

Kurt Ebert

(Graz)

**DIE PFLEGE DER RECHTSGESCHICHTE AN DER GRAZER
UNIVERSITÄT IM 19. JAHRHUNDERT**

7

DIE PFLEGE DER RECHTSGESCHICHTE AN DER GRAZER UNIVERSITÄT IM 19. JAHRHUNDERT*

An der Wende vom 18. zum 19. Jh. bot sich an der Grazer Hochschule folgendes Bild dar: die Universität war im Zuge der Josephinischen Hochschulpolitik 1782 zu einem Lyceum herabgedrückt worden, die erst 1778 förmlich errichtete juristische Fakultät wies nur zwei Jahrgänge auf, deren Fächer auf zwei bis drei Professoren aufgeteilt waren. Diese für die Ausbildung der Juristen wenig ersprießliche Situation wurde aber schon 1810 entscheidend verbessert: die juristische Fakultät erhielt jetzt einen vierjährigen Kursus und den gleichen Lehrplan wie die Universitäten der Monarchie, die Zahl der Professoren wurde auf fünf erhöht und der rechtswissenschaftliche Lehrplan den durch die Inkraftsetzung der neuen Kodifikationen, insbesondere des ABGB, geänderten Umständen angepaßt. Das Promotionsrecht freilich wurde der Fakultät erst nach der Wiederherstellung der Universität im Jahre 1827 zugestanden.¹

In dem auf Grund der neueingeführten Gesetzbücher vorwiegend praktisch orientierten Studienplan blieb für die Rechtsgeschichte nicht allzu viel Platz. Dennoch konnten sich das Kirchenrecht und das Römische Recht, diese ehemals allein vorherrschenden klassischen Disziplinen der gemeindeutschen Rechtswissenschaft, auch im neuen Lehrplan von 1810, der bis zur Jahrhundertmitte in Kraft blieb, halten.² Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß das Kirchenrecht damals kaum als rechtsgeschichtliches Fach angesehen werden konnte, da es im Grunde genommen „nur eine Sammlung Österreichischer Verordnungen über kirchliche Angelegenheiten“ darstellte.³

* Der vorliegende Beitrag beruht im wesentlichen auf der Monographie „Die Grazer Juristenfakultät im Vormärz. Rechtswissenschaft und Rechtslehre an der Grazer Hochschule zwischen 1810 und 1848“, Grazer Rechts- und Staatswissenschaftliche Studien, Bd. 22, Graz 1969, sowie der in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung, Bd. 87, 1970, S. 239 ff., erschienenen Abhandlung „Die Pflege der Rechtsgeschichte an der Universität Graz im Zeichen der Historischen Schule“ des Verfassers.

Zur Vermeidung eines umfangreichen Fußnotenapparates wird hier auf eine detaillierte Belegstellenangabe verzichtet und auf die genannten Arbeiten besonders verwiesen.

¹ Siehe F. KRONES, Geschichte der Karl-Franzens-Universität in Graz, Graz 1886, S. 465 ff., 504 ff.

² Vgl. EBERT, Die Grazer Juristenfakultät im Vormärz, S. 35 ff., mit weiteren Literaturhinweisen ebdt.

³ A. HESS, Encyclopädisch-methodologische Einleitung in das juridisch-politische Studium an den Universitäten und Lycäen der Deutschen Erbländer des Österreichischen Kaiserthums nach seiner jetzigen Einrichtung, Wien und Triest 1813, S. 54.

Der tiefgreifende Wandel vom kanonischen Recht zu einem spezifisch österreichischen Kirchenrecht hatte sich schon nach der Auflösung des Jesuitenordens in den siebziger Jahren des 18. Jh., vor allem aber im folgenden Jahrzehnt unter Joseph II. vollzogen. Während ehemals nur kirchliche Rechtsnormen ohne Rücksicht auf landesherrliche Gesetze in Kirchenangelegenheiten, also kanonisches Recht in Reinkultur gelehrt worden war, trat nunmehr das österreichische Staatskirchenrecht, dessen Quellen primär die Regierungsverordnungen in *publico-ecclesiasticis* bildeten, in den Vordergrund. Symptomatisch für diese neue Behandlungsweise des Kirchenrechts erscheint das offiziell angeordnete Vorlesebuch des Linzer Juristen GEORG RECHBERGER,⁴ welches erst im Zuge der etwas liberaleren Kirchenpolitik in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts aus dem Rechtsunterricht eliminiert wurde (1834), worauf die Professoren nach eigenem Konzept vortragen durften.

So war also streng genommen das Römische Recht die einzige rechtshistorische Disziplin im vormärzlichen österreichischen Rechtsunterricht, da es durch die Inkraftsetzung des ABGB seine Rolle im praktischen Rechtsleben mit Ausnahme gelegentlicher Anwendung als intertemporäres Recht ausgespielt hatte. Die Kenntnis des *Corpus iuris* sollte — wie HESS in seinem höchst aufschlußreichen Studienführer darlegte — die Studierenden in die Lage versetzen, das österreichische Privatrecht, das „großen Theils aus den Materialien der Römischen Gesetze entstanden ist, gründlicher studieren, und durch die Vergleichung seiner Anordnungen mit den Entscheidungen des Römischen Rechtes in den Sinn der Ersteren sich eine hellere und vielseitigere Einsicht verschaffen zu können“.⁵ Das aber bedeutete nichts anderes als eine bewußte Schulung für eine historische Auslegung des ABGB und ein Hinausgehen über eine bloß exegetische Methode der Interpretation des Gesetzbuches, wie man sie auf Grund der recht dürftigen Kommentarliteratur zum ABGB für den Vormärz ganz allgemein anzunehmen geneigt ist.

Als Lehrbuch des Römischen Rechts fanden zunächst noch die „Elementa iuris civilis“ von JOHANN GOTTLIEB HEINECCIUS Verwendung, ein Standardwerk des römischen Privatrechts, an dem eine ganze Literatur ausgerichtet war. Seit 1825 wurden dann die „Anfangsgründe des Römischen Privatrechts“⁶ von JOHANN BAPTIST MARIA KAUFMANN, einem gebürtigen Niederösterreicher, der an der Theresianischen Ritterakademie in Wien als Professor für Römisches Recht und Kirchenrecht wirkte, als Lehrbuch in den Lektionskatalogen angeführt. KAUFMANNs Opus ist insofern von größtem Interesse für die Wissenschaftsgeschichte, als man in ihm „den einzigen Ansatz der österreichischen Rechtswissenschaft, zugleich mit der in Deutschland aufblühenden Historischen Schule ein neues Verständnis des römischen Rechts zu gewinnen“⁷, erblicken kann. 1835 wurde es durch ANTON HAIMBERGERS „Reines Römisches Privat-Recht nach den Quellen und den Auslegungen der

⁴ Handbuch des österreichischen Kirchenrechts, 2 Bde., Linz, mehrere Aufl. in deutscher und lateinischer Sprache („Enchiridion iuris ecclesiastici Austriaci“). — Siehe dazu EBERT, Juristenfak., S. 59 ff.

⁵ A. a. O., S. 51.

⁶ 7 Abteilungen, Wien und Triest 1814—1822. — Vgl. dazu EBERT, Juristenfak., S. 58 f.

⁷ T. MAYER-MALY, Die Pflege des römischen Rechtes in Wien während der ersten Hälfte des 19. Jh., Studien zur Gesch. d. Univ. Wien, 2. Bd., Graz—Köln 1965, S. 47.

vorzüglichsten Rechtsgelehrten⁸ abgelöst. Auch dieses Vorlesebuch berücksichtigte schon ziemlich weitgehend die Errungenschaften der deutschen Historischen Schule und ging in der Ausarbeitung des für die Pandektistik charakteristischen Allgemeinen Teils sogar noch weiter als KAUFMANNs Kompendium. HAIMBERGERs Buch behauptete sich im Unterricht bis zum Ende der vormärzlichen Epoche, welches die Abschaffung des offiziellen Lehrbuchzwanges brachte.

Kirchenrecht und Römisches Recht wurden zwischen 1810 und 1848 durch je ein Semester mit neun Wochenstunden im zweiten Jahrgang von ein- und demselben Professor vorgetragen. Literarische Leistungen haben diese Fachvertreter vor 1848 so gut wie keine erbracht, nur ein Professor unter ihnen tat sich mit einer bedeutenden Arbeit — allerdings nicht im Rahmen der von ihm betreuten Disziplinen, sondern auf dem Gebiete der im damaligen Unterrichtsplan noch nicht existenten Österreichischen Rechtsgeschichte — hervor und konnte sich damit einen bleibenden Ehrenplatz in der Geschichte der österreichischen Rechtswissenschaft erobern: AUGUST CHABERT.⁹

Der leider schon im 31. Lebensjahr verstorbene, aus Linz gebürtige Gelehrte setzte sich die Schaffung einer Österreichischen Staats- und Rechtsgeschichte zum Ziel und brachte mit dem posthum edierten „Bruchstück einer Staats- und Rechtsgeschichte der deutsch-österreichischen Länder“¹⁰ eine Pionierleistung zuwege. In der Methode an die GRIMMschen Rechtsaltertümer sich anlehnend, zeichnet sich das Werk durch Unmittelbarkeit der Quellenkenntnis und übersichtliche Gliederung aus. Es sollte nach der Intention des Verfassers in fünf Perioden unterteilt bis in die Gegenwart heraufführen, ist aber durch den frühen Tod CHABERTs über die erste Periode bis 955 n. Chr. nicht mehr hinausgediehen.

Zusammenfassend wird man für die erste Hälfte des 19. Jh. feststellen können, daß infolge der intensiven Beschäftigung mit den neuen Kodifikationen, auf die der Lehrplan von 1810 in erster Linie abgestimmt war, die Rechtsgeschichte zweifelsohne zu kurz kam. Dennoch hat man auch in dieser Epoche rechtsgeschichtliche Aspekte berücksichtigt, freilich nicht in einem ausgedehnten, spezifisch rechtshistorischen Lehrveranstaltungsprogramm, sondern meist im Rahmen der jeweiligen Vorlesungen in Form einer kurzen historischen Einleitung und gegebenenfalls auch vergleichenden retrospektiven Betrachtung, wie man bei einem Blick in die amtlich angeordneten Vorlesebücher dieser Zeit erkennen kann.

Ein fundamentaler Umschwung setzte schließlich um die Jahrhundertmitte mit der Hochschulreform des Ministers Graf LEO THUN-HOHENSTEIN ein.¹¹ Diese Reform, die den juristischen Ausbildungsgang im wesentlichen auch heute noch in Österreich bestimmt, legte auf legislativer Basis fest, daß den rechtshistorischen Fächern als den Grunddisziplinen der deutschen Rechtswissenschaft der erste Abschnitt des Jusstudiums zu widmen sei, wäh-

⁸ 4 Teile, Wien 1835. — Siehe dazu MAYER-MALY, a. a. O., S. 53 f.

⁹ Siehe EBERT, Juristenfak., S. 64 ff.

¹⁰ Denkschriften der Kaiserl. Akad. d. Wissenschaften, phil.-hist. Kl., 3. Bd., 2. Abt., Wien 1852.

¹¹ Grundlegend hiezu H. LENTZE, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein, Sitzungsber. d. Österr. Akad. d. Wiss., phil.-hist. Kl., Bd. 239/2, Wien 1962.

rend die traditionellen Lehrgegenstände der österreichischen Rechtswissenschaft und die politischen Wissenschaften dem zweiten Teil vorbehalten bleiben sollten. Der neu zu schaffenden Rechtsgeschichte fiel die Aufgabe zu, eine gründliche Vorbereitung für ein wissenschaftlich gehobenes Studium des österreichischen Partikularrechts und der Staatswissenschaften zu bieten und so die österreichische Rechtswissenschaft aus dem Stadium der Stagnation, in das sie durch die Überbewertung der Kodifikationen im Vormärz geraten war, herauszuführen. Neben diesen rein wissenschaftlichen Gründen spielten aber auch weltanschaulich-politische Motive eine sehr wesentliche Rolle: die deutsche Historische Schule, die nunmehr in Österreich rezipiert wurde, erschien „als brauchbarer Bundesgenosse der katholischen Restauration und als Stütze von ‚Thron und Altar‘... Es kam dazu die Hoffnung, daß Österreich im Deutschen Bund doch noch eine dauernde Suprematie erreichen werde, was ebenfalls eine Art Rezeption deutscher Vorbilder empfahl“.¹²

Die praktischen Konsequenzen der THUNschen Hochschulreform fanden in den Vorlesungsverzeichnissen der juristischen Fakultät ihren sichtbaren Niederschlag. Zunächst konnte man nach dem Wirksamwerden der Reform (1855) ein sehr vielseitiges und in der Verteilung rechtshistorischer, positivrechtlicher und staatswissenschaftlicher Vorlesungen ausgewogenes juristisches Lehrveranstaltungsprogramm vorfinden, welches sich von der knapp bemessenen, gebundenen Vorlesungsordnung im Vormärz sehr positiv abhob. Im weiteren Verlauf jedoch zeigte sich ein ganz deutlicher Trend zu einer einseitigen Bevorzugung rechtsgeschichtlicher Kollegien unter Hintansetzung praktischer juristischer Fächer. Die Ausweitung der Rechtsgeschichte nahm in den siebziger Jahren endlich solche Ausmaße an, daß zwischendurch die rechtshistorischen Kollegien insgesamt numerisch stärker als die übrigen juristischen Lehrveranstaltungen in den Vorlesungsprogrammen vertreten waren. Man hatte das deutsche Vorbild nicht nur imitiert, sondern teilweise sogar überboten: in den achtziger Jahren fanden die Fächer des Römischen Rechts und des Deutschen Privatrechts in Deutschland, wo sie mangels einer Privatrechtskodifikation noch geltendes Recht darstellten, keine solche Ausdehnung wie an den österreichischen Universitäten, obwohl hier für das Zivilrecht mit dem ABGB schon seit 1811 eine verbindliche positivrechtliche Grundlage vorhanden war.¹³ Das ABGB wurde damals — insbesondere unter dem beherrschenden Einfluß JOSEPH UNGERs — in einer falsch verstandenen pandektistischen Begeisterung nicht selten einfach beiseitegeschoben und an seine Stelle ein von der praktischen Brauchbarkeit her gesehen problematisch erscheinendes künstliches Begriffssystem gesetzt, womit eine tiefe Kluft zwischen Lehre und Praxis entstand, die sicherlich nicht Sinn und Aufgabe der Privatrechtswissenschaft sein konnte.¹⁴

Wenn sich heute in den Diskussionen um eine Neugestaltung des rechts-

¹² H. BALTL, Die österreichische Rechtsgeschichte, Festschr. H. Lentze zum 60. Geburtstag, hrsg. v. N. GRASS und W. OGRIS, Innsbruck—München 1969, S. 37.

¹³ Siehe dazu JOS. ALEX. FRH. V. HELFERT, Zur Reform der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien an den österreichischen Universitäten, Wien 1888, S. 15 f.

¹⁴ Vgl. W. OGRIS, Der Entwicklungsgang der österreichischen Privatrechtswissenschaft im 19. Jh., Schriftenreihe d. Jurist. Ges. e. V. Berlin, Heft 32, Berlin 1968, S. 9 ff., 15 ff.

wissenschaftlichen Studiums in Österreich vielfach eine deutliche Aversion gegen die Rechtsgeschichte zeigt, ist dies nicht zuletzt auf diese hypertrophe Aufblähung der Rechtsgeschichte und ihre ungerechtfertigte Dominanz gegenüber den anderen juristischen Disziplinen in der Ära nach dem Wirksamwerden der THUNschen Hochschulreform zurückzuführen.

Auch diese kritischen Bemerkungen gehören zu einer objektiven Beurteilung der Entwicklung der Rechtsgeschichte in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, die im folgenden nach ihren Disziplinen gegliedert etwas näher beleuchtet werden soll.

In der Behandlung des Kirchenrechts,¹⁵ dessen Entwicklung unter dem Einfluß von Josephinismus und Aufklärung im späten 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jh. schon kurz skizziert wurde, trat bedingt durch die THUNsche Hochschulreform und den in die gleiche Zeit fallenden Konkordatsabschluß zwischen dem neoabsolutistischen österreichischen Kaiserreich und dem Apostolischen Stuhl das kanonische Recht im Rechtsunterricht wieder in den Vordergrund, und mit der Berufung des berühmten deutschen Kanonisten FRIEDRICH BERNHARD MAASSEN nach Graz setzte hier eine Blütezeit der kanonistischen Forschung ein, die weit über die Grenzen Österreichs hinaus internationale Bedeutung gewann.

Das Hauptwerk MAASSENS, die in der Fachwelt mit Begeisterung aufgenommene „Geschichte der Quellen und der Literatur des canonischen Rechts im Abendlande bis zum Ausgange des Mittelalters“,¹⁶ bei deren Abfassung SAVIGNYs berühmte „Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter“ als Vorbild gedient hatte, entstand während MAASSENS akademischer Lehrtätigkeit in Graz. MAASSEN hat sich auch als Begründer einer Kanonistenschule sehr verdient gemacht: in Graz führte er RUDOLF RITTER VON SCHERER, den späteren hiesigen Ordinarius für Kirchenrecht an der theologischen Fakultät und Verfasser eines bedeutenden Kirchenrechtshandbuches der kanonistischen Forschung zu, und auch in Wien, MAASSENS nächstfolgender akademischer Wirkungsstätte, sind namhafte Kanonisten aus seiner Schule hervorgegangen.

MAASSENS Nachfolger an der Kirchenrechtslehrerkanzel der juridischen Fakultät in Graz war KARL GROSS, der bereits zum einheimischen Kanonistennachwuchs gehörte und in Wien seine juristische Ausbildung erhalten hatte. Mit der Berufung von GROSS aus Innsbruck im Jahre 1871 fand die schon seit 1810 bestehende Personalunion zwischen Römischem Recht und Kirchenrecht in Graz ein Ende, da GROSS nur noch die Kirchenrechtslehrerkanzel erhielt, der römischrechtliche Lehrstuhl aber einem eigens berufenen Romanisten übertragen wurde. GROSS hat sein Vorlesungsprogramm erstmals mit kirchenrechtlichen Repetitorien und im Wintersemester 1874/75 mit kanonistischen Seminarübungen bereichert, Lehrveranstaltungstypen, die damals im Rahmen der rechtshistorischen Kollegien allenthalben in Übung kamen. GROSS erwarb sich auf dem Gebiete des kanonischen Prozeßrechts, der Quellen- und Literaturgeschichte und vor allem mit seiner in Graz entstandenen Monographie über „Das Recht an der Pfründe“¹⁷ einen Namen.

¹⁵ Zum folgenden siehe insb. N. GRASS, Die Kirchenrechtslehrer der Universität Graz und ihre Bedeutung für die Erforschung des klassischen kanonischen Rechts, *Studia Gratiana* VIII, Bologna 1962, S. 228 ff.

¹⁶ Graz 1870.

¹⁷ Untertitel: „Zugleich ein Beitrag zur Ermittlung des ius ad rem“, Graz 1887.

Auch sein Kirchenrechtslehrbuch, welches mehrere Jahrzehnte lang zur Standardliteratur österreichischer Rechtshörer zählte, verdient besondere Erwähnung.

Nach dem Abgang von GROSS an die Wiener Universität wurde FRIEDRICH THANER, gleichfalls gebürtiger Österreicher und Absolvent der Wiener Juristenfakultät und des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, nach Graz berufen. THANER setzte die schon von MAASSEN eingeschlagene Forschungsrichtung fort und hat insbesondere auf den Gebieten der kanonistischen Quellen- und Literaturgeschichte sowie der Dogmengeschichte des klassischen kanonischen Rechts Grundlegendes geleistet. In mehreren Arbeiten untersuchte er die Entstehung des klassischen kanonischen Rechts und die um das *Decretum Gratiani* sich gruppierenden Probleme. Auch THANER hat in sein kirchenrechtliches Lehrveranstaltungsprogramm neben der Hauptvorlesung Seminare, Übungen und Spezialvorlesungen aufgenommen.

Sein Schüler VICTOR WOLF EDLER VON GLANVELL beschäftigte sich neben privatrechtlichen kanonistischen Studien gleichfalls mit der Quellenforschung. Auf diesem in Graz nunmehr schon zur Tradition gewordenen Arbeitsgebiet lieferte er mit der „Kanonessammlung des Kardinals Deusdedit“¹⁸ die erste kritische und modernen Anforderungen entsprechende Edition einer vorgratianischen Sammlung.

Mit dem Tod GLANVELLS und seines ihn noch um ein volles Jahrzehnt überlebenden Lehrers THANER erlosch die seit der Berufung MAASSENS in den sechziger Jahren in Graz etablierte, betont quellenkundlich orientierte Forschungsrichtung der Kanonistik.

Das Römische Recht wurde im Zuge der THUNschen Hochschulreform an den österreichischen Universitäten nach dem deutschen Universitätsvorbild gestaltet und so die für Österreich wenig sinnvolle Gliederung in „Pandekten“- und „Institutionen“-Vorlesungen eingeführt. Unter den Pandekten verstand man dabei den in Deutschland mangels einer Privatrechtskodifikation weithin vorherrschenden „usus modernus“, der für Österreich bestenfalls von rechtsvergleichendem Interesse sein konnte, während die Institutionen das eigentliche Römische Recht in seinem historischen Gewande ausmachten.¹⁹ Der geradezu exzessive Umfang romanistischer Lehrveranstaltungen und die unter dem Einfluß der Historischen Schule versuchte Verquickung mit dem geltenden Privatrecht wurden schon früher erwähnt; hier sei noch zur Illustration vermerkt, daß die „Pandekten“-Vorlesungen allein vielfach ein Ausmaß von zwölf (!) Wochenstunden pro Semester erreichten.

Das Römische Recht war seit der Berufung MAASSENS im Jahre 1861 in Graz doppelt besetzt. Am längsten wirkte hier der aus Deutschland gebürtige AUGUST TEWES, der ein recht umfangreiches „System des Erbrechts nach heutigem Römischen Recht“²⁰ verfaßte und eine äußerst reiche Lehrtätigkeit entfaltete, die stark praktisch ausgerichtet war.²¹

1862 wurde mit GUSTAV DEMELIUS ein weiterer deutscher Romanist berufen, womit nunmehr zwei Ordinariate (MAASSEN und DEMELIUS) und

¹⁸ 1. Bd.: Die Kanonessammlung selbst, Paderborn 1905.

¹⁹ Vgl. dazu HELFERT, a. a. O., S. 9 ff.

²⁰ 2 Abteilungen, Leipzig 1863/64.

²¹ Genaue biogr. Hinweise zu den einzelnen Gelehrten bei EBERT, Die Pflege der Rechtsgeschichte an der Univ. Graz im Zeichen der Historischen Schule, a. a. O.

ein Extraordinariat (TEWES seit 1864) für Römisches Recht in Graz bestanden. DEMELIUS hat sich vor allem mit zivilprozessualen Problemen beschäftigt und dabei nicht nur auf das Römische Recht, sondern auch auf moderne Prozeßgesetzgebungen Bezug genommen.

Sein Nachfolger war MORIZ WLASSAK, dessen besondere Vorliebe gleichfalls dem römischen Zivilprozeßrecht galt, wo er als Experte zu internationalem Ansehen gelangte. Während seiner kurzen akademischen Tätigkeit in Graz erschienen die Monographien „Edict und Klageform. Eine romanistische Studie“²² und „Kritische Studien zur Theorie der Rechtsquellen im Zeitalter der klassischen Juristen“.²³ WLASSAK hielt in Graz Pandektenvorlesungen, Vorlesungen über Römisches Zivilprozeß, über Geschichte und Institutionen des Römischen Rechts, ein Einführungskollegium in Lektüre und Exegese der römischen Rechtsquellen, romanistische Seminarübungen und ein „Pandekten-Praktikum mit Rechtsfällen nach Jherings Jurisprudenz des täglichen Lebens“.

Im gleichen Jahr, da WLASSAK einer Berufung nach Breslau Folge leistete, wurde JOSEF FREIHERR VON SCHEY zum Ordinarius des Römischen Rechts in Graz ernannt. SCHEY, der später in den Jahren der Revision des ABGB als Zivilist wegweisend tätig war, wirkte in Graz zunächst als Romanist, erst ab 1893 lehrte er Österreichisches Bürgerliches Recht. Die wissenschaftlichen Arbeiten SCHEYs aus dieser Periode galten nicht mehr dem römischen Recht, sondern bereits dem österreichischen Privatrecht.

Als dritter Romanist lehrte in den achtziger Jahren in Graz der spätere Ordinarius an der Deutschen Universität zu Prag EMIL PFERSCHKE, der hier mehrere romanistische Monographien, eine methodisch-rechtswissenschaftliche Abhandlung und Werke privatrechtlichen Inhalts schrieb und neben seinen romanistischen Lehrveranstaltungen auch erstmals Vorlesungen über „Österreichisches Urheber- und Patentrecht“ hielt.

Mit dem letzten hier zu erwähnenden Romanisten, GUSTAV HANAUSEK, überschreiten wir bereits die Schwelle zum 20. Jh. HANAUSEK erwarb sich als Dogmatiker des gemeinen Zivilrechts und des Handelsrechts einen guten Namen, mit dem Ende der Geltung des gemeinen Rechts in Deutschland (1900) widmete er sich mehr dem österreichischen Privatrecht. Sein besonderes Verdienst liegt in der Förderung junger wissenschaftlicher Talente, die in seinen berühmt gewordenen romanistischen Seminarübungen für die akademische Laufbahn interessiert werden konnten. Die Namen so bekannter Romanisten wie etwa LEOPOLD WENGER, PAUL KOSCHAKER und ARTUR STEINWENTER sprechen am eindrucksvollsten für den Erfolg dieser Lehrveranstaltung.

Die Jahrhundertwende bedeutete für die Pflege des Römischen Rechts insofern eine Zäsur, als in Deutschland mit der Einführung des BGB die Herrschaft des gemeinen Rechts zu Ende ging und damit auch in Österreich die seit der THUNschen Reform geübte Rücksichtnahme auf die besondere Situation im Deutschen Reich, wo die Romanistik unter dem beherrschenden Einfluß der Historischen Schule das ganze 19. Jh. hindurch Gegenwartsaufgaben dienstbar gemacht worden war, wegfiel. Jetzt konnte das Römische Recht endlich zur unabhängigen historischen Disziplin arrivieren.

²² Jena 1882.

²³ Graz 1884.

Die nunmehr zu besprechenden germanistischen Disziplinen waren erst durch die THUNsche Hochschulreform eingeführt worden, um einerseits den durch die Studienreform von 1810 unterbrochenen Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Rechtswissenschaft wiederherzustellen, andererseits — so glaubte jedenfalls THUN — die Juristen durch das Studium der Deutschen Rechtsgeschichte zu konservativem Denken zu erziehen.²⁴ Der Erlaß des Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 2. 10. 1855 sah vor, daß die „deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte“ als Geschichte der Rechtsquellen und Verfassungsgeschichte im ersten Studienjahr beide Semester hindurch, das „Gemeine deutsche Privatrecht“ hingegen im Wintersemester des zweiten Jahres vorzutragen sei. Die Etablierung einer „Österreichischen Rechtsgeschichte“ als selbständiger wissenschaftlicher Disziplin wurde zwar damals auch schon mehrfach gefordert, von THUN jedoch verhindert, da sie „als Untermauerung einer eigenständigen österreichischen Rechtswissenschaft hätte dienen können“²⁵ und dies nicht in das stark politisch orientierte Konzept des Unterrichtsministers paßte. Wenn auch das Lehrfach „Österreichische Rechtsgeschichte“ erst 1893 im Unterrichtsplan gesetzlich verankert wurde, soll man darüber aber nicht vergessen, daß schon lange vorher Vorlesungen über dieses Gebiet gehalten und auch grundlegende wissenschaftliche Arbeiten über Fragen der österreichischen Rechtsentwicklung verfaßt worden sind, wobei gerade Grazer Rechtshistoriker einen wesentlichen Beitrag geleistet haben.

1857 wurde der deutsche Germanist GEORG SANDHAAS als erster Ordinarius der Deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte und des Deutschen Privatrechts nach Graz berufen. Hier las er „Deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte“ im Rahmen einer zehnstündigen(!) Vorlesung, die auf zwei Semester mit je fünf Wochenstunden verteilt war, und „Gemeines deutsches Privatrecht“ im Ausmaß von sieben Wochenstunden in den jeweiligen Wintersemestern, sodaß die germanistischen Hauptvorlesungen, zu denen noch meist etliche Spezialvorlesungen hinzukamen, allein siebzehn Wochenstunden ergaben. Das Hauptwerk von SANDHAAS, sein „Fränkisches eheliches Güterrecht“,²⁶ entstand zum Großteil während seiner Grazer Jahre. Mit der Abhandlung „Zur Geschichte des Wiener Weichbildrechtes“²⁷ leistete SANDHAAS auch einen Beitrag zur österreichischen Rechtsgeschichte, um deren Erforschung sich ganz besonders seine Nachfolger FERDINAND BISCHOFF und ARNOLD LUSCHIN VON EBENGREUTH verdient gemacht haben.

FERDINAND BISCHOFF hat in der Artikelserie „Zur Geschichte des Rechts in Österreich“²⁸ einen umfassenden Überblick über die bereits erschlossenen Quellen sowie über die Literatur auf diesem Gebiet gegeben und sich für die Schaffung einer „Österreichischen Rechtsgeschichte“, wie sie einige Jahre zuvor AUGUST CHABERT so hoffnungsvoll begonnen hatte, eingesetzt. BISCHOFFs Hauptverdienst liegt in der kritischen Edition wichtiger österreichischer Rechtsquellen, so des Steiermärkischen Landrechts des Mittel-

²⁴ Vgl. dazu noch besonders H. LENTZE, Graf Thun und die deutsche Rechtsgeschichte, Mitteilungen d. Inst. f. Österr. Geschichtsforschung 63, 1955, S. 500 ff.

²⁵ LENTZE, Universitätsreform, S. 136.

²⁶ Gießen 1866.

²⁷ Wien 1863. Sonderdruck aus den Sitzungsber. d. Kaiserl. Akad. d. Wiss. Wien, phil.-hist. Kl., XLI. Bd., S. 368 ff.

²⁸ Österreichische Blätter für Literatur und Kunst (Beilage zur Österreichisch-Kaiserlichen Wiener Zeitung) 1855, Nr. 52, 1856, Nr. 3, 6, 12.

alters,²⁹ des Pettauers Stadtrechts von 1376³⁰ und der steirischen und kärntnerischen Taidinge.³¹

Neben den germanistischen Hauptvorlesungen hielt BISCHOFF im Verlaufe seiner dreißigjährigen akademischen Tätigkeit an der Grazer Universität auch eine Reihe von Spezialvorlesungen, wie etwa über „Geschichte des deutschen Straf- und Prozeßrechtes“, „Deutsches Familien- und Erbrecht“, „Ausgewählte Teile der deutschen und österreichischen Rechtsgeschichte“ u. a. Selbstverständlich fehlten in dem reichen Programm nicht die Repetitorien und Seminare, die zum festen Bestand rechtsgeschichtlicher Kollegien gehörten.

Seit 1870 wirkte ARNOLD LUSCHIN VON EBENGREUTH neben BISCHOFF in Graz. LUSCHIN war über die Numismatik zur Österreichischen Rechtsgeschichte gestoßen. Auf den Gebieten der Münzkunde und der Österreichischen Rechtsgeschichte vollbrachte er bahnbrechende Leistungen und wurde mit der ersten Gesamtdarstellung der österreichischen Rechtsentwicklung aus der Feder eines Rechtshistorikers „der eigentliche wissenschaftliche Schöpfer einer neuen akademischen Disziplin“.³² Aus dem an die 400 Publikationen zählenden Oeuvre des großen Forschers seien hier besonders die „Geschichte des älteren Gerichtswesens in Österreich ob und unter der Enns“,³³ die Arbeit über „Familiennamen deutscher Rechtshörer, welche an italienischen Universitäten vor dem Jahre 1630 studiert haben“³⁴ und das berühmte Lehrbuch der Österreichischen Reichsgeschichte³⁵ hervorgehoben, die alle noch vor der Jahrhundertwende erschienen.

Über „Österreichische Reichs- und Rechtsgeschichte“ hielt LUSCHIN seit 1881 regelmäßig Vorlesungen, und „Seminarübungen aus der Österreichischen Rechtsgeschichte“ wurden schon seit 1874 alljährlich abgehalten, also fast zwei Jahrzehnte vor der gesetzlichen Aufnahme des Faches in den juristischen Lehrplan. Neben der Hauptvorlesung und vielen Spezialkollegien über die österreichische Rechtsentwicklung betreute LUSCHIN auch den Komplex des „Deutschen Rechts“ mit einer Reihe von Lehrveranstaltungen, wobei jedoch auffällt, daß das „Deutsche Privatrecht“ nie von ihm gelesen wurde. Er war eben „in der wissenschaftlichen Veranlagung ganz und gar Historiker, nicht Dogmatiker“.³⁶

Als Nachfolger von BISCHOFF wirkte kurze Zeit ERNST FREIHERR VON SCHWIND in Graz, der sich wiederum primär der Dogmatik des Deutschen Privatrechts verschrieben hatte. Sein Hauptwerk auf diesem Gebiet, die Monographie über „Wesen und Inhalt des Pfandrechts. Eine rechtsgeschichtliche und dogmatische Studie“,³⁷ erschien während seines Aufenthalts in Graz.

Mit PAUL PUNTSCART, der nach SCHWINDs Abgang an die Wiener Universität 1899 nach Graz verpflichtet wurde und im gleichen Jahr noch

²⁹ Graz 1875.

³⁰ Wien 1887. Sonderdruck aus den Sitzungsber. d. Kaiserl. Akad. d. Wiss. Wien, phil.-hist. Kl., Bd. CXIII, II. Abt., S. 695 ff.

³¹ Österreichische Weistümer, gesammelt von der Kaiserl. Akad. d. Wiss., Bd. 6, Wien 1881.

³² P. PUNTSCART, Almanach d. Akad. d. Wiss. Wien 83, 1933, S. 201.

³³ Weimar 1879.

³⁴ Wien 1892.

³⁵ Bamberg 1895.

³⁶ PUNTSCART, a. a. O., S. 198.

³⁷ Jena 1899.

seine bekannte Monographie über die Herzogseinsetzung in Kärnten³⁸ veröffentlichte, schließt sich der illustre Kreis jener Gelehrten, die im vorigen Jahrhundert die Deutsche und insbesondere die Österreichische Rechtsgeschichte an der Universität Graz zur ersten Hochblüte geführt haben.

Abschließend sei hier noch erwähnt, daß auch unter den staats- und verfassungsrechtlichen, strafrechtlichen, ökonomischen und rechtsphilosophischen Lehrveranstaltungen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sich etliche Vorlesungen befanden, die geschichtlichen Fragen der betreffenden Disziplinen gewidmet waren. An ihnen wird ersichtlich, daß der mit der THUNschen Reform einsetzende gewaltige Aufschwung der Rechtsgeschichte nicht nur auf die eigentlich rechtshistorischen Disziplinen beschränkt blieb, sondern fast alle Zweige der Rechts- und Staatswissenschaften erfaßte.

³⁸ „Herzogseinsetzung und Huldigung in Kärnten. Ein verfassungs- und kultur-geschichtlicher Beitrag“, Leipzig 1899.